

Apropos 45:

US-Wahlen: «Heilsamer Balsam» gegen die «Achse des Bösen»?

In Burma «wird es eine Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes geben», wenn nicht sehr schnell und sehr massiv geholfen wird – warnen internationale Hilfswerke¹. Nach dem verheerenden Wirbelsturm in Burma kämpfen laut den Vereinten Nationen bis zu 1,9 Millionen Menschen ums Überleben, «während die Militärjunta weiter keine Helfer ins Land lässt». Es werde inzwischen von mehr als 100 000 Toten und 220 000 Vermissten ausgegangen, hieß es weiter. «Auf der verzweifelten Suche nach Essen, Wasser und Medizin strömen Überlebende in Scharen aus dem am schwersten verwüsteten Irrawaddy-Delta. Die UN warnen angesichts des dramatischen Mangels auch vor gewaltsamen Übergriffen unter den Opfern.» Hilfsorganisationen rechnen zudem mit «dem Ausbruch von Seuchen, die Millionen Menschen gefährden könnten»². Doch: «Nur wenigen ausländischen Helfern wird die Einreise gestattet.» Die Zerstörungen des Zyklons «Nargis» sind nach Einschätzung von Experten «weit schlimmer als die des Tsunami im Dezember 2004. Wegen der Ausdehnung der Schäden auf eine Breite von etwa 350 Kilometer und bis zu 50 Kilometer ins Landesinnere.» Trotzdem: «Burma bleibt weitgehend aberriegelt, Hilfsgüter werden beschlagnahmt – während die Bevölkerung größte Not leidet: Weltweit wächst der Zorn auf die Militärjunta, die trotz der humanitären Katastrophe Hilfsanstrengungen vereitelt.»³ Und – unter dem Titel *Die Bulldogge von Burma*: «Seit Jahren knechtet er sein Volk, doch in der Katastrophe zeigt sich nun das ganze Ausmaß seiner Niedertracht: Während die Burmesen hungern und sterben, macht sich Militärdiktator Than Shwe rar – und verhindert aus dem Hintergrund, dass die Leidenden Hilfe bekommen.»⁴

Wie die US-Regierung eine Naturkatastrophe aus-schlachtet

Auch hier stellt sich wieder die Frage: *Werden wir richtig informiert?* Und auch diesmal lautet die Antwort: Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden.

Es besteht kein Zweifel, dass Burma (auch Birma, oder amtlich «Pyidaungsu Thamada Myanmar Naing-Ngan-Daw», kurz «Myanma Naingngan» genannt) von einer äußerst brutalen und zynischen Militärclique diktatorisch regiert und an sich zu Recht angeklagt wird. Die Frage ist nur, was in der konkreten Situation wichtiger ist: das Regime anzuklagen oder den Menschen in Not zu helfen? Die USA beispielsweise scheinen sich in der Burma-Katastrophe als unbürokratischer Krisenhelfer zu präsentieren. «Doch tatsächlich versucht die Regierung Bush, das Drama politisch auszuschlachten. Diese Strategie verschärft das Misstrauen der Militärjunta – Hilfsorganisationen protestieren.»⁵ Treffend der Kommentar des New Yorker *Spiegel*-Korrespondenten: «An der verfahrenen Situation tragen (...) die USA Mitschuld.» Und

weiter: Das «Verhältnis zwischen der Regierung Bush und der Militärjunta in Burma ist zerrüttet. Nach der Niederschlagung der buddhistischen Mönchsproteste im Sommer hatte Bush die Generäle als neuestes Ziel seiner kompromisslosen Säbeldiplomatie erkoren. Er verschärfte die 1997 unter Bill Clinton verhängten Wirtschafts- und Finanzsanktionen. (...) Er prangerte die Junta bei seiner Rede vor der jüngsten Uno-Vollversammlung an. (...) «Wir versuchen, ihren Untergang zu beschleunigen», sagte dazu ein hoher US-Diplomat.» Es kann also kaum verwundern, dass die Generäle den jetzigen US-Aufmarsch vor ihrer Küste und an Burmas Grenzen skeptisch sehen. «Die Hardliner-Politik hat das burmesische Regime in die Enge getrieben und hemmt nun gewissermaßen die Hilfsmaßnahmen – das Regime fürchtet, dass sich hinter der Krisenhilfe in Wahrheit eine Strategie zum Regimewechsel in Burma verbirgt.» Tatsächlich «hat George W. Bush ein politisches Interesse an der Katastrophenhilfe. Er sieht in Burma die Chance eines außenpolitischen Erfolges in letzter Minute, kurz vor Ende seiner Amtszeit. Eine finale Chance, sich in der Geschichte positiv zu verewigen.» Auch wenn US-Verteidigungsminister Robert Gates politische Absichten abstreitet: «Die US-Strategie macht es Burmas Regime schwer, US-Hilfe anzunehmen, ohne politisch das Gesicht zu verlieren – was humanitäre Organisationen zum Verzweifeln bringt.» Bush nutze die Lage aus, meinen sie. Bei einer solchen Katastrophe müsse man – zugunsten der Menschen in Not – um politische Positionen «einfach diplomatisch herumtänzeln». Der burmesische Polit-Analyst Aung Nain Oo sagte der *New York Times*: «Dies ist nicht die Zeit, um politische Botschaften loszuwerden. Dies ist die Zeit zu helfen.» Kein Staat außer den USA erhebe jetzt Forderungen.»

Gemeinwohl oder Sonderinteresse?

«Politik» statt wirkliche Hilfe: Die Bush-Clique kann offenbar nicht anders... Das Wort «Politik» ist hier absichtlich in Anführungszeichen gesetzt, um darauf hinzuweisen, dass der Begriff hier negativ gebraucht wird. Denn positiv gefasst ist Politik die «Gesamtheit aller Aktivitäten zur (...) Herstellung (...) am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zu gute kommender Entscheidungen» – wie Thomas Meyer, Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dortmund, formuliert⁶. Das Establishment der USA fasst den Politikbegriff aber so wie der berühmte Niccolò Machiavelli (1469-1527): «Politik ist die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen»⁷ – wobei sich das «nützlich» nicht auf das Gemeinwohl, sondern auf das Sonderinteresse der Herrschenden bezieht.

Medienfreiheit à la Bush

Europäer-Leser wissen: In einer Studie dokumentierte ein Institut in Washington, das sich mit ethischen Fragen des Regierungshandelns beschäftigt, dass George W. Bush und seine Re-

gierungsmitglieder in den zwei Jahren nach den Attacken auf das World Trade Center und das Pentagon bei Hunderten von Gelegenheiten «mindestens 935-mal Falschaussagen» zum Irak verbreitet haben, so dass «die Medien zum Opfer einer großangelegten regierungsamtlichen Kampagne geworden» seien. Der Bericht spricht von «orchestrierten Lügen auf dem Weg zum Krieg», Statements der US-Regierung, die auch zumindest teilweise «in klarem Widerspruch zu den seinerzeitigen Geheimdienstberichten gestanden» haben. Die Untersuchung zeigte auf, dass «die Falschaussagen <methodisch> in Umlauf gebracht wurden, um die öffentliche Meinung zu manipulieren». Mit dieser Kampagne habe «die Bush-Regierung die Nation letztlich unter Vortäuschung falscher Tatsachen in den Irak-Krieg geführt».⁸ *Europäer*-Leser wissen auch, dass das deutsche Bundesverwaltungsgericht Bushs Intervention im Irak ausdrücklich als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, also als Kriegsverbrechen, bezeichnet hat.

So kann es denn auch nicht wirklich verwundern, dass nun weitere systematische Desinformationskampagnen bekannt geworden sind: «Mit einer gigantischen PR-Truppe hat die Bush-Regierung die Öffentlichkeit in den USA seit Jahren hinter Licht geführt.» Ein Bericht der *New York Times* zeigt, «wie gezielt und perfide das System der Desinformation funktioniert»: Das US-Verteidigungsministerium unterhält bis heute «eine Truppe von TV-Militärexperten, um seine Sicht der Dinge auf den Irak und den Krieg gegen den Terror zu verbreiten».⁹ Die Zeitung hatte das Pentagon verklagt auf Zugang zu mehr als 8000 Seiten mit E-Mails, Gesprächsabschriften und sonstiger Akten und konnte das Material jetzt auswerten. Installiert wurde das System bereits im Jahre 2002, als detaillierte Planungen im Pentagon für eine Invasion des Iraks begannen. Eine ehemalige PR-Beraterin dirigierte die Propagandatruppe im Ministerium und sorgte dafür, dass die Analysten zu einem Kernelement in ihrer Strategie wurden, «den Krieg gegen den Irak bis zum heutigen Tage zu rechtfertigen». Das Pentagon zielte vor allem auf hochrangige US-Militärs, die in den verschiedenen Fernsehsendern und auch von Zeitungen oft als Experten befragt werden. «Die Kommunikationsexperten des Pentagons betrachteten die Militärexperten als wichtiges Instrument, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen – beispielsweise als es galt, 2005 der wachsenden weltweiten Kritik an Guantánamo zu begegnen.»¹⁰ Die «Experten» – in der Regel pensionierte Top-Offiziere – waren «wegen ihrer Verträge mit der Rüstungsindustrie und anderer Dienstleister der Streitkräfte in das Interessengeflecht des Verteidigungsministeriums eingebunden». Darüber wurden die Fernsehzuschauer (und Zeitungsleser) natürlich nicht informiert. Ein Pentagon-Sprecher verteidigte nun diese Praxis als «ernsthaften Versuch, die amerikanischen Bürger zu informieren»... Einige dieser Militärexperten gaben dem Pentagon «Tipps, wie man die Sender ausmanövrieren könnte, andere warnten die Regierung, welche Berichterstattung Sender und Zeitungen noch planten oder leiteten sogar ihre Korrespondenz mit den Journalisten an das Pentagon weiter». Wie wichtig das alles der Bush-Regierung ist, zeigt, dass das Pentagon eigens eine Firma beauftragte, «um den Ertrag der PR-Offensive auszuwerten». Das Sahnehäubchen: «Die Regierung musste ihre PR-Experten nicht einmal selbst bezahlen, denn das übernahmen die Sender und Zeitungen, die sie engagierten» – auch die *New York Times*...

Immer mehr Kriminelle in der US-Armee

Auf dem geschilderten – eigentlich kriminellen – Hintergrund ist wohl nur noch nebenbei zu vermerken: «Die Kriege in Afghanistan und im Irak fordern ihren Tribut: Weil die US-Armee aufgestockt werden muss, hat die Rekrutierung von Kriminellen deutlich zugenommen».¹¹ Denn die Daten des Verteidigungsministeriums sind eindeutig: Die Armee, die im Auftrag des Weißen Hauses in Afghanistan und im Irak für die Durchsetzung der Demokratie kämpfen soll, setzt sich zunehmend aus Kriminellen, oft sogar Verbrechern zusammen. Dies berichten sowohl *CNN* als auch die *Washington Post*. «Der klare Anstieg des Rekrutierens von Personen mit krimineller Vergangenheit» sei «das Ergebnis der Belastung des Militärs durch den Irak-Krieg», sagt der Vorsitzende des zentralen Untersuchungsausschusses im US-Abgeordnetenhaus – ein Demokrat aus Kalifornien, der die Pentagon-Zahlen veröffentlichte ließ.

Nun lügen sie wieder

Stirnrunzeln verursachte die Meldung, der amerikanische Geheimdienst CIA habe dem US-Kongress ein Video präsentiert, das beweisen soll, dass Syrien mit nordkoreanischer Hilfe einen Atomreaktor gebaut habe. Aus dem Weißen Haus wurde verlautbart: «Die amerikanische Regierung hat Nordkorea offiziell beschuldigt, Syrien beim Bau eines Atomreaktors geholfen zu haben. Der bis September 2007 geheim gebaute Reaktor sei nicht für <friedliche Zwecke>, sondern dazu bestimmt gewesen, Plutonium für militärische Zwecke zu produzieren.» Und weiter: «Syrien müsse nun die Welt über seine Zusammenarbeit mit Nordkorea informieren. Laut einem amerikanischen Geheimdienstmitarbeiter zerstörte ein israelischer Luftangriff die Anlage im vergangenen September. Damaskus wies die Anschuldigungen umgehend zurück.»¹² Erste Reaktion: Nun lügen sie wieder. Denn genau so wurde der Angriffskrieg gegen den Irak «vorbereitet». Und in der Tat stinkt auch diese Geschichte zum Himmel. Sie ist offensichtlich nicht neu, sie geisterte schon im letzten Herbst durch die Medien, wobei Israel offiziell betont den Mantel des Schweigens darüber ausgebreitet hat – nur der nicht gerade vertrauenswürdige Oppositionschef Benjamin Netanyahu plauderte damals über den Bombenschlag. US-Experten wie beispielsweise George Friedman, Geschäftsführer von Stratfor, einem der führenden Politik-Analyseinstitute in den Vereinigten Staaten, halten die Sache für unglaubwürdig: Es gebe zwar Berichte über eine geringe Anzahl nordkoreanischer Arbeiter in Syrien. «Um einen Reaktor zu bauen, bräuhete es jedoch mehr als das, und die Syrer bräuheten Ingenieure und Techniker, die sie aber nicht haben.» Auch müssten Ressourcen aufgebracht werden, «die Syrien bislang nicht hat»; zudem hätte ein solches Programm frühestens in einem Jahrzehnt erste Ergebnisse gezeitigt und wäre «mit Sicherheit aufgedeckt und zerstört» worden. Seltsam sei ebenfalls, «dass Israel den Angriff geheim halten will». Die Syrer ihrerseits hätten «äußerst gelassen auf die Bombardierung reagiert. (...) Wenn es sich wirklich um einen Angriff auf eine Militäranlage aus der Luft oder von Land gehandelt haben sollte, müsste man in Damaskus eigentlich außer sich sein vor Wut. Dort aber wurde der Vorfall eher heruntergespielt.» Die Sache ist auch völkerrechtlich brenzlich. Laut *Washington Post* sieht es nun so aus, «dass die Anlage in Syrien zur Zeit des Militärschlags gar nicht einsatzbereit war», dass sich gar kein Uran darin befand. David Albright, Chef des ISIS

(Institute for Science and International Security) und früherer UNO-Waffeninspekteur, meinte, «diese Erkenntnisse könnten darauf hinweisen, dass der Reaktor vielleicht nie zu einem Waffenprogramm gehörte. Damit wäre Israels Präventivschlag zumindest fraglich.»¹³ Ein weiteres Indiz für einen Fake: Mohamed el-Baradei, der als Chef der UNO-Atomenergiebehörde IAEA eigentlich als erster über das Dossier hätte informiert werden müssen, erfuhr sozusagen als letzter davon – mit der großen Anhörung im US-Kongress. Er protestierte denn auch «gegen die späte Veröffentlichung der Geheimdienstinformationen»: Er bedaure «die Tatsache, dass diese Information nicht rechtzeitig vorgelegt» wurde. Die Arbeit seiner Organisation sei «durch die US-Informationspolitik behindert» worden. Israel warf er vor, «die Arbeit der IAEA behindert zu haben, indem es die syrische Forschungsstätte zerbombte. Durch den Luftangriff habe es den Prozess der Überprüfung untergraben, der im Mittelpunkt des Systems zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen stehe.»¹⁴

Jetzt wird doch alles besser!

Aber was soll es? Die Bush-Administration gehört bald der Geschichte an – mit einem Präsidenten, der Geschichte schreibt, als «unbeliebtester Präsident der USA», wie die letzte CNN-Umfrage ergab. Demnach lehnen 71 Prozent der Amerikaner die Politik des gegenwärtigen US-Präsidenten ab.¹⁵ Die Amerikaner sind offenbar aufgewacht und jetzt wird alles besser. Oder etwa nicht? Der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain, der ja auch schon einen besseren Eindruck macht als George W. Bush, liegt bei den Umfragen hinter den beiden demokratischen Kandidaten zurück. Er kommt zwar immerhin auf 44 Prozent der Stimmen, das sind aber sieben Prozent weniger als Barack Obama. McCain hofft «deshalb, dass Hillary Clinton das Unmögliche doch noch schafft und ihren innerparteilichen Konkurrenten verdrängt»: Denn bei einem Zweikampf mit Clinton könnte er mit 46 Prozent der Stimmen rechnen, Clinton dagegen mit 49 Prozent.¹⁶ Ob Hillary Clinton aber so viel besser wäre als G. W. Bush? Im Vorwahlkampf hat zuerst ihr Ehemann, der Ex-Präsident, und dann auch sie sehr tief in den schmutzigen Rhetoriktopf gegriffen. Der Starfilmer und Oscar-Preisträger Michael Moore hat bereits mitgeteilt, er fühle sich «von den Handlungen und Äußerungen» Hillary Clintons «angeekelt»¹⁷. Als Bill Clinton als Präsident zurücktrat, konnte man mit ihm Mitleid haben, da er sozusagen wegen der juristischen Verfahren, in die er verwickelt worden war, als bankrott galt. Nun durfte man erfahren, dass das Ehepaar Clinton in den letzten acht Jahren – mindestens – 109 Millionen Dollar «verdient» hat¹⁸ und dass es mit einigen Persönlichkeiten verbandelt ist, die nicht gerade am Hungertuch nagen: etwa mit dem weltgrößten Medienmogul Haim Saban oder dem Herrscher von Dubai, usw.¹⁹ Daß da auch Hedgefonds eine Rolle spielen, dürfte kaum verwundern ...

Von Gondischapur, Mani und dem Gral ...

Aber was soll auch das? Ganz klar in Front liegt doch Barack Obama, der mit seinem Slogan «Change» (Wandel) die Massen begeistert und auch ganz klar darauf hingewiesen hat, dass die Clintons Vertreter des «alten» Washington seien. Obama «weckt Hoffnungen – nicht allein in den USA», sondern beispielsweise auch am Dornacher Hügel. Denn das «Wochenblatt für Anthroposophie» widmet ihm einen ganzen Leitarti-

kel: «Ganz im Gegensatz zur Bush-Ära tritt mit Obama eine von vielen lang erwartete menschliche Integrität vor die Medien.»²⁰ Gelobt wird da «Esprit und Einfühlungsvermögen» der «Rede über die Rassen», mit der Obama zu Äußerungen seines geistigen Mentors, dem Pfarrer Jeremiah Wright, Stellung nahm, die viele Amerikaner als Entgleisung empfanden. Da wird ein historischer Bezug zum Islam, der Akademie von Gondischapur und dem Manichäismus hergestellt. Dann heißt es: «Vor diesem Hintergrund kann die Erscheinung Barack Obamas (...) in einem neuen Licht betrachtet werden. Obamas Art erscheint wie ein heilsamer Balsam, und er löst eine außerordentliche Begeisterung aus. (...) Er erwähnt Motive eines spirituellen Manichäismus, die in ihm die Kraft zu wecken scheinen, die Mächte des Bösen durch Sanftmut überwinden zu wollen. (...) Der echte Manichäismus ist mit dem Gralsimpuls verbunden, und seine Mission ist es, den Orient mit dem Okzident zu versöhnen, die Weißen mit den Schwarzen, die Frau mit dem Mann, die Jungen mit den Älteren, um in einer fernen Zukunft einer neuen Menschheit zur Geburt zu verhelfen. Obama versucht eine Heilung der zerstörerischen, brutalen, unmenschlichen und eisigen Ära der Bush-Jahre.» «Heilsamer Balsam» gegen die «Achse des Bösen» sozusagen?

... bis Brzezinski und Osama Bin Laden

Wenn man sich da in Dornach nur nicht täuscht! Der «Junior-senator» aus Illinois ist zweifellos ein rhetorisches Talent. In der Politik ist das zwar wichtig, aber für die Beurteilung entscheidender ist das Tun. Und das spiegelt sich zunächst schon in den Menschen, mit denen man sich umgibt. Bei Obama, der sich als «Außensteiter» darstellt, sind das ausgesprochen viele «Insider», nicht zuletzt »bewährte Schlachtrösser des demokratischen Parteiapparats»²¹ – darunter auffällig viele Namen aus der Clinton-Regierung. Finanzchefin von Obamas Team, «das vor allem über das Internet erfolgreich Spenden sammelt, ist die 48 Jahre alte Penny Pritzker aus Chicago, eine Erbin des Hyatt-Hotel-Imperiums, deren Privatvermögen auf zwei Milliarden Dollar geschätzt wird». Und besonders wichtig: Als «Elder Statesman» fungiert Zbigniew Brzezinski, Jimmy Carters mittlerweile 80 Jahre alter Nationaler Sicherheitsberater. Brzezinski brüstet sich noch heute damit, den damaligen Präsidenten Carter dazu gebracht zu haben, beim US-Geheimdienst CIA durchzusetzen, dass dieser Osama Bin Laden und die Taliban mit Geld und Waffen ausgestattet hat, um die Sowjets aus Afghanistan zu werfen. Balsam gegen die bösen Mächte?

Boris Bernstein

P.S. Die Clintons spendeten nicht ganz zehn Prozent ihrer Einnahmen für «wohlthätige Zwecke». «Den Löwenanteil davon steckten sie in ihre eigene Familienstiftung, die diese Gelder wiederum weiterverteilte. Unter den Begünstigten der Stiftung: die United Church of Christ – die Mutterkirche der Chicagoer Gemeinde, in der Barack Obamas umstrittener Ex-Pastor Jeremiah Wright gepredigt hatte.»¹⁹

1 www.faz.net 11.5.2008.

2 www.netzeitung.de 11.5.2008.

3 *Spiegel Online*, 9.5.2008, 17:37.

- 4 Spiegel Online, 9.5.2008, 20:56.
 5 Spiegel Online, 9.5.2008, 16:01.
 6 http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Meyer und
<http://de.wikipedia.org/wiki/Politik>
 7 http://de.wikipedia.org/wiki/Niccol%C3%B2_Machiavelli und
<http://de.wikipedia.org/wiki/Politik>
 8 Siehe *Apropos* 42.
 9 Spiegel Online, 20.4.2008.
 10 www.sueddeutsche.de 20.4.2008.
 11 Spiegel Online, 22.4.2008.
 12 www.faz.net 25.4.2008.
 13 Spiegel Online, 24.4.2008.
 14 Spiegel Online, 25.4.2008.
 15 www.sueddeutsche.de 2.5.2008.
 16 www.kurier.at 13.5.2008.
 17 www.welt.de 22.4.2008.
 18 www.faz.net 5.4.2008.
 19 Spiegel Online, 6.4.2008.
 20 *Das Goetheanum*, 18.4.2008.
 21 www.faz.net 24.4.2008.

Geisteskampf zwischen Orient und Okzident: überheblich und hochnäsiger

Ost-Asien und West-Europa: Ansichten und Meinungen aus zweitausend Jahren – insbesondere auch zu China

Teil 2

In der letzten Nummer veröffentlichten wir den ersten Teil des zweiseitigen China-Artikels von Ulrich Klodt. Angesichts der wachsenden Bedeutung Chinas im heutigen Weltgeschehen bietet diese Arbeit einen historischen Überblick über die verschiedenen Haltungen von Chinesen gegenüber Westmenschen und umgekehrt, soweit diese literarisch überliefert wurden. Der in diesem Heft abgedruckte Schluss beleuchtet in erster Linie die durch die christlichen Missionare ausgelösten chinesisch-westlichen Kontroversen.

Weitere China-Artikel werden folgen.

Die Redaktion

*Das östliche Wissen gründet im Geistigen,
das westliche im Materiellen.
Liang Qichao (1873–1929)*

Wir haben gesehen, wie Rudolf Steiner feststellte, «dass der Übergang von der fünften Kulturepoche in die sechste Kulturepoche sich nicht anders abspielen kann denn als ein heftiger Kampf der weißen Menschheit mit der farbigen Menschheit auf den mannigfaltigsten Gebieten. Und was diesen Kämpfen vorangeht, die sich abspielen werden zwischen der weißen und der farbigen Menschheit, das wird die Weltgeschichte beschäftigen bis zu der Austragung der großen Kämpfe zwischen der weißen und der farbigen Menschheit.» Der Geisteskampf zwischen Orient und Okzident wird noch verschärft durch geringe, oder gar völlig fehlende, Toleranz von Westlern (z.B. christlichen Missionaren) gegenüber Chinesen und anderen Asiaten einerseits und andererseits durch den Glauben der Chinesen an die Überlegenheit ihrer Kultur, die sich durch die gesamte Geschichte des Kaiserreiches seit den Kontakten mit dem Westen zieht.

Das Schicksal von Gesandtschaften

Der Kaiser Qianlong, der China von 1736–1796 regierte, gab diese, hier stark gekürzte, Antwort auf das Schreiben des englischen Königs, George's III., wegen Erweiterung der Handelsbeziehungen. «Sie, oh König, jenseits der fernen Meere, sehnen sich aufrichtig nach unserer Kultur, aus welchem Grunde Sie eine Ab-

ordnung mit Ihrer Bittschrift ergebenst entsenden. Ihre Abgesandten haben die Meere überquert und mir zum Jahrestag meines Geburtstages ihre Aufwartung gemacht. Auch Sie haben, um Ihre Ergebenheit zu zeigen, Erzeugnisse Ihres Landes mitgeschickt. Den in Ihrer Bittschrift geäußerten Wunsch, oh König, einen Ihrer Untertanen zu entsenden, dass ihm Aufenthalt im Reich wegen Handelsangelegenheiten gewährt werde, können wir nicht stattgeben. Es entspricht nicht den Gebräuchen des Reiches und kann deshalb nicht erlaubt werden. Das Reich legt weder Wert auf raffinierte Gegenstände noch brauchen wir irgendwelche andere Produkte Ihres Landes.» Bei der Plünderung und Zerstörung des kaiserlichen Sommerpalastes Yuan Ming Yuan, Garten des Reinen Lichtes, nordwestlich von Peking, durch britische und französische Truppen 1860 als Vergeltung im Zusammenhang mit dem sogenannten Zweiten Opiumkrieg, fand man zwei Kutschen, Teil der durch diese Gesandtschaft überbrachten königlichen Geschenke, noch in zerlegtem Zustand vor. Eine ihnen beigegebene chinesische Notiz lautete: «Huldigung des Königs von England an den Kaiser von China».

Papst Innozenz IV. hatte sich wegen der Niedermetzelung der Christen durch die Mongolen (Polen, Mähren, Ungarn, Liegnitz 1241!) in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts mit scharfen Worten in einem Brief an den Großkhan Güyük, einen Enkel Dschingis Khans, gewandt, unter anderem mit der Aufforderung, zum christlichen Glauben überzutreten. Es lohnt sich, das Antwortschreiben Güyüks etwas ausführlicher wiederzugeben, denn hier trifft es zu, wenn wir von einer «Welt für sich» sprechen: «[...] Dies ist ein Befehl, gesandt an den großen Papst, auf dass er ihn kenne und verstehe. Die Bitte um Unterwerfung [...] haben wir durch euren Gesandten [Plano Carpini] empfangen. Wenn ihr euren eigenen Worten gemäß handeln wollt, so muss Du, oh großer Papst, mitsamt allen Königen zusammen persönlich kommen, um uns zu huldigen. Wir wollen euch dann Unsere Befehle wissen lassen. Dein Brief enthält den Satz, Wir sollen uns taufen lassen und Christ werden. Darauf antworten Wir dir kurz, dass wir nicht verstehen, wie Wir dies machen sollen. Ferner stand in deinem Brief, die Niedermetzelung der Menschen, zumal der Christen [...], habe dich in Betrübnis und Er-